Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6599**

16. Wahlperiode 10. 10. 2007

Antrag

der Abgeordneten Diana Golze, Katja Kipping, Jan Korte, Sevim Dağdelen, Cornelia Hirsch, Michael Leutert, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Soziale Gerechtigkeit statt Generationenkampf – Für eine nachhaltige Politik des Sozialstaates im Interesse von Jung und Alt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine sichere und solidarische Zukunft für Jung und Alt ist nur mit einem verlässlichen und starken Sozialstaat zu erreichen. Das Gebot der Stunde ist heute: Investitionen in die Zukunft, nachhaltiger Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Infrastruktur, Wahrung der materiellen und natürlichen Lebensgrundlagen sowie Sicherung von Teilhaberechten für alle Generationen. Generationengerechtigkeit herzustellen, erfordert gerade heute, den Ausbau des Sozialstaates voranzutreiben, damit junge wie ältere Menschen einer sozialen und gesicherten Zukunft entgegengehen können. Dies schließt ein, dass die Zukunft der Jungen nicht auf dem Rücken der Alten erkauft wird, die den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum erwirtschaftet haben. Sie haben ein Recht auf Altern in sozialer Absicherung, Würde und mit menschlicher Wärme.

Der interfraktionelle Gesetzentwurf zur Verankerung der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz ist zentraler Bestandteil einer Kampagne, die maßgeblich von wirtschaftsnahen Lobbyistinnen und Lobbyisten vorangetrieben wird und insbesondere junge Abgeordnete für ihre Zwecke zu gewinnen sucht. Eine Schlüsselrolle dabei spielt die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“, die sich maßgeblich aus wirtschaftsnahen Quellen speist, unter anderem der Bertelsmann- und der Bosch-Stiftung. Die Initiative wurde auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Rahmen der Föderalismusreform II eingebracht. Sie befördert die Politik zugunsten eines Wettbewerbsföderalismus neoliberalen Zuschnitts, bei der im Kern das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zur Disposition gestellt werden soll. Diese Initiative wirbt für einen marktradikalen Politikwechsel.

Die derzeitige Debatte über Generationengerechtigkeit ist ein Vorwand für eine Politik des radikalen Sozialabbaus und der Privatisierung sozialer Risiken. Private Vorsorge begünstigt die Versicherungswirtschaft und jene, die genug haben, um vorzusorgen. Gerade junge Generationen werden durch den Abbau des Sozialstaates belastet, da in ihre Zukunft nicht mehr investiert wird. Sie werden zukünftig mehr zahlen für ihre Ausbildung, die Betreuung ihrer Kinder, ihre Altersvorsorge und die Wahrung ihrer Gesundheit. Nur Wohlhabende können sich dies leisten.

Im Gegensatz ist es erforderlich, die Interessen der heutigen und zukünftigen Generationen zu schützen und sie nicht gegeneinander auszuspielen. Die Forde-

rung nach einem Verschuldungsverbot des Staates widerspricht auch vor diesem Hintergrund jeder wirtschafts- und finanzpolitischen Vernunft und ist sozialpolitisch unverantwortlich. Nicht der Abbau von Sozial- und Arbeitsmarktstandards gehört auf die politische Tagesordnung, sondern eine politische Renaissance der sozialen Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit setzt Umverteilung voraus. Das Grundgesetz muss nicht geändert, sondern umgesetzt werden. Es gebietet, dass der Staat allen seinen Bürgerinnen und Bürgern eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten muss. Es fordert, dass Eigentum dem Allgemeinwohl verpflichtet ist und bei Bedarf sogar in Gemeineigentum überführt werden kann. Dafür gilt es einzutreten, statt unter dem Vorwand von Generationengerechtigkeit die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Gesellschaft weiter zu verschlechtern und den Weg in eine unsolidarische Gesellschaft fortzusetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. keine Grundgesetzänderung vorzulegen, die eine weitere Schuldenbegrenzung impliziert und zudem eine Senkung der Staatsquote nach sich zieht;
2. sich für ein gerechteres Steuersystem einzusetzen, das Gewinne, Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen stärker für den Aufbau einer sozial gerechten Gesellschaft heranzieht und damit die Basis für eine solidarische Politik der sozialen Umverteilung von oben nach unten bildet;
3. die Massenarbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen, um der wachsenden Armut zu begegnen und so auch nachhaltig und sinnvoll zur Ausgabenreduzierung des Staates beizutragen;
4. einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientiert, um die gestiegene Armut von Erwerbstätigen zu verhindern und nachhaltig die Finanzierungsbasis des Sozialstaates zu verbessern;
5. mehr und bessere Investitionen in die soziale Infrastruktur zu tätigen, um die aktuellen Defizite abzubauen und zukünftigen Generationen eine sichere und sozial gerechte Zukunft zu gewährleisten und Chancengerechtigkeit herzustellen. Hierzu gehören insbesondere:
   - mehr Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung, Ganztagsschulen und gebührenfreie Hochschulen, um Chancengleichheit im Bildungs- und Gesellschaftssystem zu erwirken;
   - durch eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen diese in die Lage zu versetzen, eine Rekommunalisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge vorzunehmen, um nachfolgenden Generationen auch in diesem Bereich eine funktionstüchtige soziale Infrastruktur zu hinterlassen;
   - eine repressionsfreie, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung einzuführen, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht für Menschen, denen Erwerbstätigkeit nicht möglich ist;
   - für eine konsequente Beseitigung der Kinderarmut Sorge zu tragen durch eine Erhöhung und Verbesserung des Kindergeldes, des Kinderzuschlags und deren Ausbau zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung;
   - Förderung einer familiengerechten Arbeitswelt durch geeigneten Eltern-Kündigungs- und Rückkehrschutz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie geeignete Arbeitszeitpolitik;

6. die sozialen Sicherungssysteme auszubauen, um allen Generationen einen nachhaltigen Schutz und soziale Absicherung zu gewährleisten. Hierzu gehören insbesondere:
   - für eine gesetzliche, umlagefinanzierte dynamische Rente einzutreten, die die Sicherung des Lebensstandards ebenso wie den Schutz vor Altersarmut zum Kern der Rentenpolitik erklärt;
   - eine solidarische Bürgerversicherung in der Gesundheit und Pflege einzuführen, um Bedarf und Finanzierbarkeit zu vereinbaren;
   - den Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit deutlich auszubauen, gerade für ältere Menschen mit höheren Risiken;
7. Umwelt- und Klimaschutz als sozial sensible Aufgabe von und für Alt wie Jung in Gegenwart und Zukunft zu betreiben;
8. Ausgaben für mehr Rüstung und die Beteiligung an internationalen militärischen Interventionen zu unterlassen und die Mittel umzuwidmen für soziale, ökologische und friedensfördernde Maßnahmen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Generationengerechtigkeit ist eines der gegenwärtig am meisten bemühten sozialpolitischen Schlagwörter. Beinahe täglich wird in Deutschland die Überalterung und der fehlende Nachwuchs der Familien beklagt. Umso erstaunlicher ist es, dass in unserer so reichen Gesellschaft über 2,6 Millionen Kinder in sozialen Notlagen leben und betagte Menschen vielfach in Pflegeheimen unterversorgt und vereinsamt ihren Lebensabend fristen. In öffentlichen Diskussionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, der wachsenden Staatsverschuldung sowie der Entwicklung von Sozialbeiträgen und Steuerabgaben wird die Frage gestellt, ob man nicht stärker zwischen Alt und Jung umverteilen müsse, um einen drohenden „Krieg der Generationen“ zu verhindern. Die gesellschaftliche Polarisierung verläuft aber nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich. Von Ausgrenzung und Armut sind Rentnerinnen und Rentner ebenso betroffen wie Erwerbslose, Arbeiterinnen und Arbeiter in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler. Die derzeitige politisch motivierte Verwendung des Begriffs Generationengerechtigkeit verschleiert die Tatsache, dass die geforderten Einschnitte vor allem diejenigen treffen, die auf die Unterstützung der Gesellschaft am meisten angewiesen sind. Die Folge sind Ausgrenzung und Armut für einen immer größeren Teil der Bevölkerung. Soziale Fragen und Probleme als Folge der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums werden zu demografischen Katastrophenszenarien und Generationenkonflikten umgedeutet. Im Zusammenhang mit Forderungen nach mehr Generationengerechtigkeit werden in unverantwortlicher Weise unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aufgehetzt und ausgespielt, um den Abbau des Sozialstaates als unabwendbare natürliche Notwendigkeit gerade auch gegenüber den Betroffenen zu legitimieren.

Fragwürdig sind demografische Krisenszenarien, die auf Basis zweifelhafter Prognosen Sachzwänge zum Abbau solidarischer Sicherungssysteme suggerieren. Unerwähnt bleibt dabei in der Regel, dass demografische Veränderungen

mit einer Steigerung der Produktivität einhergehen. So kann sich heute die Gesellschaft leisten, dass mehr Nichterwerbstätige an der wachsenden gesellschaftlichen Wertschöpfung partizipieren, die durch weniger Erwerbsarbeit geschaffen wird. Zudem bedeutet öffentliche Verschuldung zunächst einmal nur, dass der Staat, das Land, die Kommune weniger eingenommen als ausgegeben haben. Dabei bestehen die jeweiligen Generationen immer gleichzeitig aus Schuldnern und Gläubigern. Die nächste Generation erbt also Forderungen und Verbindlichkeiten. Deren ungerechte Verteilung innerhalb der alten wie innerhalb der jungen Generationen ist das eigentliche Problem und rührt aus dem sozial ungerechten Steuern- und Abgabensystem sowie der ungleichen Reichtumsverteilung. Selbst Produktivitätszuwächse werden nicht mehr an die Erwerbstätigen weitergegeben, wie die sinkende Reallohnentwicklung zeigt. Zudem ist der Zweck öffentlicher Verschuldung entscheidend. Investitionen in Wirtschaftssubventionen, Waffensysteme, Atommüll und Umweltverschmutzung sind sicherlich als Verschuldungstitel anders zu bewerten als zukunftsträchtige Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) oder in beitragsfreie Kinderbetreuung, Ganztagsschulen und Universitäten.

Das Gerede über mangelnde Generationengerechtigkeit wird begleitet vom Schweigen über die soziale Ungleichheit in allen Altersgruppen. Denn die soziale Polarisierung wirkt als Folge der neoliberalen Politik von CDU, CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in fast allen Lebensbereichen innerhalb aller Generationen. Bei den Jüngeren wie bei den Älteren geht die zunehmende Armut einher mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum.

Es ist falsch zu behaupten, die ältere Generation müsse den Gürtel enger schnallen, damit die jüngere eine gesicherte Zukunft habe. Die derzeitige Renten- und Bildungspolitik entpuppt dies in aller Deutlichkeit: Die Erhöhung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen der kommenden Generationen und erhöht deren Ausgaben für die Altersvorsorge. Seit Jahren bestätigen internationale Organisationen der Bundesregierung, dass die derzeitige Bildungspolitik strukturelle soziale Ungleichheit verfestigt und soziale Ausgrenzung von Kindern aus ärmeren Familien produziert. Der Staat unterlässt notwendige Reformen und Investitionen in das öffentliche Bildungssystem und verantwortet damit die Chancenungleichheit der jungen Armen. Wir brauchen mehr Generationensolidarität und eine Politik, die dafür Sorge trägt, dass die heutigen Generationen und die zukünftigen noch einen entwickelten Wohlfahrtsstaat, soziale Sicherheit, eine intakte Umwelt und natürliche Ressourcen vorfinden. Investieren in die Zukunft und Ausbau des Sozialstaates ist das Gebot der Stunde. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, die Armen nicht.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333